

Für eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik ab 2020 in den ländlichen Räumen

LINKE Positionen zur Diskussion der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2020¹

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Ein gescheitertes Agrarmodell

Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, des Exportes, der Versorgungssicherheit und der Einkommensstabilisierung von Landwirt*innen² sind Ziele, die bis heute mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verfolgt werden. Sowohl die Wettbewerbsorientierung als auch die Exportstrategie bringen diverse negative Folgen mit sich. Das Ziel stabiler landwirtschaftlicher Einkommen wurde nicht erreicht. Das derzeitige Fördermodell belohnt vor allem diejenigen Betriebe, die sich ohne zusätzliche ökologische Maßnahmen rein am Markt orientieren und über Arbeitskräfteeinsparung ihre Gewinne maximieren. Landwirt*innen wollen nachhaltig wirtschaften, werden jedoch durch ihre schwindende Marktmacht gegenüber großen Verarbeitungs- und Handelskonzernen zum Gegenteil gezwungen. EU-Agrarexporte belasten zudem regionale Märkte in anderen Ländern mit Dumpingpreisen. Preise deutlich unter den Erzeugungskosten bewirken, dass mensch immer öfter von landwirtschaftlicher Produktion allein nicht leben kann. Das ganzheitliche Leitbild eines multifunktionalen Landwirtschaftsbetriebs, in dem Pflanzen- und Tierzucht miteinander verwoben sind, der ortsgebunden wirtschaftet und vor Ort Arbeitsplätze bietet, verschwindet. Stattdessen versuchen Betriebe ihre Existenz im Zweifel durch Produktion jenseits der einheimischen Nachfrage und Produktionsmaximierung zu sichern, was Erzeuger*innenpreise weiter unter Druck setzt und auf Kosten von Mensch und Natur geht. Landwirtschaftsfremde Investor*innen, die landwirtschaftliche Fläche als reines Spekulationsobjekt aufkaufen und Landwirtschaftsbetriebe aus der Ferne steuern, mit möglichst wenig Arbeitskosten maximale Profite anstreben, verschärfen den Verdrängungswettbewerb. Die unzureichende Regulierung des Bodenmarkts und EU-Agrarsubventionen fördern dieses Geschäftsmodell, das letztendlich auch auf Kosten der Lebensqualität im ländlichen Raum geht, wo Landwirtschaft nie nur ein Produktions-, sondern auch ein Lebensmodell war.

Eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft

DIE LINKE setzt sich dagegen klar für eine generationen- und geschlechtergerechte Agrarpolitik ein. Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich strategisch an regionaler Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung orientiert und nicht am Export und der Gewinnmaximierung von Konzernen und Investor*innen. Wir brauchen eine Landwirt-

schaft, die Wertschöpfung in die Region bringt und Nahrung produziert. Und wir brauchen vor allem die Landwirt*innen, die die Flächen durch Ackerbau, Weidehaltung oder Mahd bewirtschaften. Innerhalb der Erzeuger*innenkette muss es eine faire Risiko- und Gewinnverteilung geben. Dass Landwirt*innen das größte Produktionsrisiko tragen, aber dafür den geringsten Gewinn erwirtschaften und dazu nicht einmal kostendeckend produzieren können, ist inakzeptabel. Damit es in der Erzeuger*innenkette gerecht zugeht, muss die sozial ungerechte und ökologisch schädliche Subventionspolitik der GAP beendet werden. Landwirt*innen müssen selbst von ihrer Arbeit leben, aber auch ihre Beschäftigten fair bezahlen und wichtige gemeinwohlorientierte Investitionen realisieren können. Diese umfassen beispielsweise die Bereiche Tierwohl, Umwelt und Klimaschutz oder bessere Arbeitsbedingungen. Das Geschäftsmodell landwirtschaftsfremder Investor*innen entspricht diesem Ziel nicht, deshalb wollen wir sie vom Landkauf und aus der Agrarförderung ausschließen.

DIE LINKE fordert eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik, die sowohl sozial als auch ökologisch und tiergerecht ist. Die flächengebundene Tierhaltung ist für uns ein Schlüssel dazu. Ein weiterer ist die Strukturvielfalt in der Landwirtschaft durch Landschaftselemente wie Hecken, Kleingewässer oder Trockenmauern und durch eine vielfältige Anbaustruktur. Der Erhalt und die Förderung von besonderen Standorten wie Trockenrasen und Mooren sind uns wichtig. Den ökologischen Landbau wollen wir stärken. DIE LINKE setzt sich auch im Bereich der Landwirtschaft für die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDG) der Vereinten Nationen ein. Die Landwirtschaft ist eine wichtige Partnerin wenn es um die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele geht.

Von einer Agrarpolitik, die DIE LINKE für notwendig hält, sind wir leider weit entfernt. Es wird immer noch über die Höhe von Subventionen und über die einzelnen Säulen in der GAP diskutiert. Die exportorientierte und profitmaximierende Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die einer wirklich sozialökologischen Entwicklung vollkommen entgegensteht, wird nicht angefasst. Um in der aktuellen Debatte zur GAP nach 2020 einen klaren LINKEN Kontrapunkt zu setzen, legen wir im Folgenden Vorschläge der LINKEN im bestehenden Agrarsubventionssystem der EU vor.

Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe werden auch nach 2020 einen Großteil des EU-Haushalts ausmachen. Daher ist es umso wichtiger, dass eine Bewirtschaftung, die für mehr Artenvielfalt, Gewässer- und Klimaschutz sorgt und auch die sozialen Fragen nicht außer Acht lässt, attraktiv für Landwirtinnen und Landwirte wird. Neben einem ordnungspolitischen Rahmen wird dafür eine geeignete Förderpolitik gebraucht. Dieses Positionspapier bezieht sich vor allem auf die Direktzahlungen an die Betriebe (sogenannte Erste Säule). Dies umfasst folgende Förderziele:

- konsequente Bindung an Umwelt- und Klimakriterien, die ökologisch hochwertige Maßnahmen für mehr Artenvielfalt, eine vielfältige Agrarstruktur, besseren Wasser-, Boden-, Arten- und Klimaschutz und eine ausgewogene Verteilung von tierhaltenden Betrieben honoriert. Der Schutz von Wasser und Boden, Tier, Mensch und Natur soll erreicht werden durch:
 - die Minimierung des Pestizid- und Nährstoffeinsatzes
 - strukturreiche Landschaft mit Landschaftselementen
 - bodenschonende und erosionsmindernde Bodenbearbeitung
 - Erhalt und Förderung von sensiblen und geschützten Gebieten
- differenzierte Bewertung von ertragsschwachen- und Gunststandorten und ihre Berücksichtigung bei Ausgleichszahlungen
- Aufnahme der Teichwirtschaft in den Förderkatalog
- Aufnahme von Sozialkriterien in die Direktzahlungen, um die sozialen Leistungen von Arbeitgeber*innen, wie die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zu honorieren
- Einführung einer Weidetierprämie für die flächengebundene Haltung vor allem von Schafen, Ziegen, aber auch von Rindern (schon vor 2020 möglich) als Ausnahme der Entkopplung der EU-Agrarförderung
- Fortsetzung der Förderung von Junglandwirt*innen, um den Wirtschaftszweig vor Überalterung zu schützen
- einfache, praxisnahe und rechtssichere Durchführungsregelungen, um gemeinwohlorientierte Maßnahmen auch in Zukunft attraktiv für Antragsteller_innen zu gestalten und weniger Anlagerungsrisiko bei gleichbleibender sozial-ökologischer Qualität von Leistungen
- Stärkung von Betrieben, die ortsgebunden wirtschaften, die regionale Wirtschaft befördern und Arbeitsplätze vor Ort schaffen
- aktiven Landwirt*innen den Zugang zu landwirtschaftlichem Boden sichern
- kostenlose Beratung für Landwirt*innen zu gemeinwohlorientierten Maßnahmen
- Sicherung der Teilhabe von Frauen an Agrarförderprogrammen
- europäische Agrarpolitik muss die globale Armut- und Hungerbekämpfung unterstützen
- unter der Voraussetzung, dass Umwelt- und Sozialkriterien erfüllt und landwirtschaftsfremde Investorinnen und Investoren von der Förderung ausgeschlossen werden, soll keine Kappung oder Degression erfolgen, da eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft nicht von Betriebsgrößen abhängt
- keine Diskriminierung originär ostdeutscher Agrarstrukturen

Umwelt- und Klimaschutzkriterien

Als Mitverursacher von Arten- und Lebensraumverlust und Emittent von Kohlenstoffdioxid ist die Landwirtschaft eine wichtige Partnerin, wenn es darum geht, Arten, Lebensräu-



me und das Klima zu schützen. Erst recht, da die Landwirtschaft selbst vom Klimawandel betroffen ist. Wir wollen eine strukturreiche Landschaft, die auch mal nass sein darf und in der verschiedene Pflanzen blühen. Hecken, Feldgehölze, Kleingewässer und brachliegende Flächen, aber auch nasse und wiedervernässte Flächen, in denen Kohlenstoffdioxid gespeichert werden kann, gehö-

ren in unsere Landschaft. Diese Flächennutzungsformen sind ökologisch besonders hochwertig, weil sie in der Kulturlandschaft in besonderem Maße zum Arten-, Natur- und Klimaschutz beitragen. Dafür brauchen wir Landwirt*innen, die die Flächen dauerhaft nutzen. Leistungen, die für den Natur- und Klimaschutz relevant sind, müssen zu einem zentralen Element der zukünftigen Direktzahlungen werden. Auch eine flächengebundene Tierhaltung trägt zum Natur- und Klimaschutz bei. Durch die Bindung der Tierhaltung an die Fläche werden regionale Kreisläufe geschaffen. Das beinhaltet die Erzeugung von Futtermitteln auf dem eigenen Betrieb oder in der Region und eine regionale Ausbringung des hofeigenen Tiermistes. Zudem sind Teichwirtschaften, die Fische zum Verzehr züchten, in der Förderung zu berücksichtigen.

Welche ökologisch hochwertigen Flächen in den einzelnen Mitgliedsstaaten von besonderer Bedeutung sind, sollte auf Ebene der Mitgliedstaaten nach deren regionalen Bedingungen mit der EU-Kommission abgestimmt und festgelegt werden. Beispielsweise sind in Regionen mit einer sehr intensiven Agrarstruktur Feldgehölze als Trittsteinbiotope von besonderer Bedeutung, während in anderen Regionen Flächen für Gewässerschutz wichtiger sein können. Entscheidend für den ökologischen Wert einer Maßnahme sind die Auswirkungen auf den Arten-, Natur- und Klimaschutz.

Ausgleichszahlung

Um den unterschiedlichen geologischen und klimatischen Verhältnissen Europas gerecht zu werden und weiterhin eine flächendeckende Landnutzung zu ermöglichen, sollen Ausgleichszahlungen mit in die Direktzahlungen aufgenommen werden. Wir schlagen vor, dass mindestens drei verschiedene Abstufungen bei der Flächenförderung auf Grundlage bestimmter EU-weit definierter Gebietskulissen eingeführt werden. Die ertragsschwächsten Regionen sollten die höchste Zahlung, die ertragsstärksten Regionen die niedrigste Zahlung erhalten. Die Zahlungshöhe bemisst sich dabei am Einkommensniveau der Mitgliedstaaten. Soweit dafür eine Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten notwendig ist, entspricht dies dem Gedanken eines solidarischen Europas.



Sozialkriterien

Landwirt*innen sind wichtige Partner*innen für notwendige Veränderungen. Ohne sie entstehen keine Nahrungsmittel, ohne sie wird die Landschaft nicht genutzt, und ohne sie geht die Verbindung der Landwirtschaft zur Region verloren. Deshalb will DIE LINKE die GAP zukünftig nicht nur auf ökologische, sondern vor allem auch auf soziale Leistungen der Betriebe ausrichten. Sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Ausbildungsplätze und mitarbeitende Familienangehörige

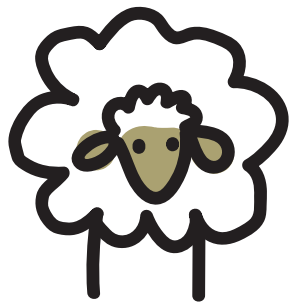
wollen wir über die GAP honorieren. Zudem benötigt es einen erleichterten Einstieg sowohl von Frauen als auch von Junglandwirt*innen in die Landwirtschaft. Agrargenossenschaften setzen per Definition soziale Ziele in besonderem Maße demokratisch um und dürfen nicht benachteiligt werden. Zusätzlich fordert DIE LINKE eine fachlich kompetente personelle Mindestbesetzung in der Tierhaltung, die eine sozial- und tiergerechte Betriebsgestaltung mit entsprechenden Haltungssystemen sichern soll. Die national unterschiedlich hohen Mittel können von den Mitgliedstaaten ausgestaltet und von den Betrieben abgerufen werden.

Die Kriterien bedingen sich

Ein zusätzliches betriebliches Einkommen, das Betriebe über die Erbringung der definierten Maßnahmen erzielen können, ist für DIE LINKE wichtig. Dabei gilt der Grundsatz, dass sich die Kriterien für die Umwelt- und Klima und Sozialleistungen gegenseitig bedingen. Dies bedeutet, dass sich auch ökologisch vorbildlich wirtschaftende Betriebe an den sozialen Kriterien messen lassen müssen, um einen Anspruch auf die Flächenförderung zu haben. Ebenso haben Betriebe, welche die ökologischen Zugangsvoraussetzungen nicht einhalten wollen oder können, keinen Anspruch auf Sozialzahlungen. Eine Zahlung unterliegt außerdem den bereits bestehenden Zugangsvoraussetzungen »Grundanforderungen an die Betriebsführung« (Bsp.: Lebens- und Futtermittelsicherheit, Kennzeichnung und Registrierung von Tieren usw.) und der »Guten Fachlichen Praxis« (Reduzierung von Bodenerosion, Gewässerschutz usw.). Besondere gemeinwohlorientierte Maßnahmen können durch einen höheren Förderbetrag honoriert werden.

Weidetierprämie

Die Weidetierhaltung spielt eine wichtige Rolle für den Erhalt und die Entwicklung der ökologisch wertvollen Kulturlandschaft in der EU. Der Erhalt des Grünlands ist zentral für Artenvielfalt und Klimaschutz. Deshalb fordert DIE LINKE zusätzlich eine Weidetierprämie vor allem für Schafe und Ziegen, aber auch für Rinder. Die Einführung dieser Prämie ist bereits in der jetzigen Förderperiode der GAP möglich, wird jedoch in Deutschland nicht genutzt.



Förderung des Generationswechsels

Die Zahl der jungen Landwirt*innen geht durchgängig zurück. Leistungen zugunsten von Junglandwirt*innen müssen daher auch nach 2020 weiterhin Priorität haben. Hierbei sollten die Fördermaßnahmen eng mit denen in der Zweiten Säule der GAP (mit Kofinanzierung von Bund und Ländern) abgestimmt sein. Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit der europäischen Regionen sollten flächenbezogene Zuschlagskriterien auf Ebene der Mitgliedstaaten festgelegt werden.



Geschlechtergerechte Agrarpolitik

Aktive Gleichstellungspolitik für Frauen ist auch in den ländlichen Räumen keine Frage der Gewährung von Zugeständnissen, sondern die Umsetzung eines Rechtsanspruchs. Die Agrar- und Agrarförderpolitik sind bestimmende Elemente für die Gestaltung der Lebensbedingungen in ländlichen Regionen. Entscheidungen über die Verwendung von Geldern beeinflussen wesentlich die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern. Förderkriterien müssen deshalb den Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit sichern.



Internationale Verantwortung wahrnehmen

Eine Reform der GAP betrifft nicht nur deutsche und europäische Landwirt*innen, sondern hat auch unmittelbare Folgen für die Menschen in Ländern des Globalen Südens. Die EU ist hinter China der zweitwichtigste Eiweißimporteur weltweit und deckt derzeit rund 70 Prozent des Eiweißfuttermittelbedarfs durch Importe ab. Die hohe Nachfrage insbesondere nach Soja aus Lateinamerika prägt die Agrarstruktur dieser Länder wesentlich mit. Dies führt zu fatalen ökologischen und sozialen Folgen. Auch wachsende Fleisch- und Milchexporte aus Deutschland führen in den afrikanischen Ländern zur Zerstörung von heimischen Märkten.

Es müssen weitere Anreize für eine eigene Eiweißproduktion in Europa geschaffen werden. Zudem ist eine faire Bezahlung von Importwaren, die auch die Produzentinnen und Produzenten erreicht, für DIE LINKE wichtig. Die GAP muss sich daher einerseits dem Ziel verschreiben, den europäischen Futtermittelbedarf aus eigener Produktion zu decken (Kreislaufwirtschaft). Andererseits müssen Anreize zur Überproduktion und deren Exporte, die zulasten der regionalen Landwirtschaft in den importierenden Ländern gehen, abgebaut werden.

Forderungen der LINKEN zusätzlich zur GAP

Nicht alles, was die Land- und Forstwirtschaft betrifft, lässt sich über die Gemeinsame Agrarpolitik lösen. Deshalb folgen im Weiteren LINKE Forderungen, die über die Struktur der GAP hinausgehen.

Die Forstpolitik ist bisher Sache der Mitgliedstaaten. Inzwischen sind für den Schutz der europäischen natürlichen Ressourcen viele Zuständigkeiten bei der EU angesiedelt. Gleichzeitig wird uns die wachsende Bedeutung der Wälder, beispielsweise beim Klimaschutz, immer bewusster. Es ist an der Zeit für eine gemeinsame europäische Forstpolitik. DIE LINKE fordert daher die Entwicklung eines europäischen Waldfonds, ähnlich dem europäischen Fischereifonds.

Für DIE LINKE ist Boden keine handelbare Ware. Wir wollen die Bodenspekulation beenden und landwirtschaftsfremde Investor*innen vom Kauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen ausschließen. Die Offenlegung von Besitzverhältnissen gehört dabei für DIE LINKE dazu. Wir wollen eine eigenständige Eigentümer*innenstatistik der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen (nach Rechtsform und Größengruppen sortiert) und die Ausweisung von Eigentümer*innenstrukturen von Agrarunternehmen einführen.

¹ erarbeitet von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, den agrarpolitischen Sprecher*innen der Bundestags- und den Landtagsfraktionen, Cornelia Ernst, Martina Michels und Helmut Scholz als Mitglieder der Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament und unter der Mitwirkung der Bundesarbeitsgemeinschaft »Agrarpolitik und ländlicher Raum« beim Parteivorstand DIE LINKE

² Landwirt*innen meint auch Bäuer*innen.